

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Postpoststelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

N. 122.

Dienstag, 30. Mai 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Freitag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rastantenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Freiwillige Grundstücksversteigerung.

Auf Antrag des Vormunds des geisteskranken Baumeisters Christian Gregor Wolf hier wird beabsichtigt, das zum Vermögen des Letzteren gehörige zwischen der Bahnhofs- und Gartenstraße hier gelegene **Bauland**, bestehend aus den Parzellen 390a, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 395, 397 des Flurkatasters für Riesa im Ganzen meistbietend zu verkaufen.

Das betreffende Areal umfasst eine Fläche von 85,50 a = 1 Ader 164 □ R, ist mit 7,69 Steuerereinheiten belegt und von dem gerichtlichen Sachverständigen auf 71585 Mark 12 Pf. geschätzt worden.

Es wird von einer im städtischen Bebauungsplan vorgesehenen Straße betroffen und bietet darnach Raum für 14 Baustellen.

Die Versteigerungs- und Kaufbedingungen sind bei dem unterzeichneten Amtsgerichte einzusehen.

Versteigerungstermin wird hiermit auf

Donnerstag, den 22. Juni 1893 Vormittags 10 Uhr

anberaumt.

Derselbe findet an Amtsstelle statt.

Riesa, am 24. Mai 1893.

Königliches Amtsgericht.
Seldner.

Wegen grundsätzlicher Herstellung des Kommunalwegs von **Pausitz nach Gröbba**, wird mit Genehmigung der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain der Fahrverkehr auf 2 Tage und zwar für **1. und 2. Juni d. Jahres** gesperrt und daher über Riesa verwiesen.

Der Gemeinderath.
A. Eckmann, G.-St.

Holz-Versteigerung.

Gohrischer Revier.

Schuster'sche Restauration in Wülfnitz.

Dienstag, den 6. Juni 1893, Vorm. 9 Uhr.

583 Km. Lieferne Pressschiebe.

523 " " Brennknüppel.

266 " " Aeste.

348 " " Stämme.

ca. 2700 " Lieferne Astreisig.

Auf dem Rahlshage in Abth. 31.
(Strehloer Feld.)

Königl. Forstrevierverwaltung Gohrisch u. Königl. Forstrentamt Moritzburg.
am 12. Mai 1893.

Eppendorff.

Mittelbach.

Luzus-Steuern.

Neben den Erörterungen über die militärischen Forderungen der verbündeten Regierungen spielt im gegenwärtigen Wahlkampf besonders die Frage eine große Rolle, woher im Falle der Annahme der Militärvorlage die nicht unbedeutlichen Mittel genommen werden sollen, um die geplante Heeresreform durchzuführen. Der vorige Reichstag hat sich bereits mit den einschlägigen Steuerfragen befaßt, ist aber zu keinem Entschlusse gekommen. Es scheint aber, als ob man in Regierungskreisen nicht besonderen Werth auf die vorgeschlagene Art und Weise der Ausbringung legt, als ob man Börsen-, Bier- und Branntweinsteuer drängen würde, wenn irgend ein anderer praktikabler Vorschlag käme.

An solchen Vorschlägen hat es bisher nicht gefehlt.

Das Branntwein-Monopol, das den meisten als ein Schreckgespenst erscheint, ist wieder aufgetaucht, hat aber durch ein offizielles Dementi wieder in die Versenkung verschwinden müssen. Sodann ist gesagt worden, daß das Reich auch ohne neue Steuern auskommen könnte, wenn die Mehrausgaben einfach durch erhöhte Matrularbeiträge der Einzelstaaten angedeckt werden würden. Indessen, die Finanzlage Preußens, als desjenigen Staates, der den Löwenantheil an den Kosten zu tragen hat, ist nicht derart, um diesen Vorschlag durchführbar erscheinen zu lassen und Herr Miquel wird sich höchstens bedanken, seine Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer-Reform an das Reich abzuliefern, auch die anderen Bundesstaaten würden dem Vorschlag kaum erfreut zustimmen.

Nun theilt der „Reichsanzeiger“ mit, daß zur Befreiung der neuen Militärforderungen neben den alten Steuererlösen nur die wirksamere Besteuerung des Luzus in Betracht gezogen sei. Die volkswirtschaftliche Wissenschaft steht derartigen Plänen im allgemeinen nicht sehr wohlwollend gegenüber. Nach Hofcher (Finanzwissenschaft) haben die meisten dieser Steuern für den Finanzmann wegen ihrer schweren Kontrolle und geringen Ertragsfähigkeit wenig zu bedeuten. Ebenso werden sie von Stein (Finanzwissenschaft) und Ehrberg (Grundriß der Finanzwissenschaft) verworfen, der sie als gut gemeint aber wenig einträglich hinstellt. Auch Anies erklärt in seinen Vorlesungen über Finanzwissenschaft, daß mit allen derartigen Steuern für den Finanzmann nichts zu machen sei.

Auf jeden Fall ist es interessant, wie ein Berliner Blatt ein Steuerbouquet zusammenstellt; die Luzussteuer auf die üblichen Gegenstände Gold, Silber, Edelsteine und werthvolles Mobiliar, sind dem Blatte ihrer schwierigen Veranlagung wegen wenig empfehlenswerth. Lustbarkeitssteuern eignen sich weit besser für die Gemeinden als für den Staat. Der Erwägung werth sei vielleicht die Besteuerung von Billards, die in Frankreich nicht ganz eine Million Mark bringt.

Als einträglich erweise sich ferner in England die Wappensteuer, die im Jahre 1891 über 1 1/2 Millionen Mark einbrachte. Für ein Wappen am Wagen bezahlt man dort 4s, für andere 2s Schilling Steuern. Warm empfiehlt das gedachte Blatt die weit stärkere Heranziehung der Jagdberechtigung. In England brachte diese Steuer, die sich für unsere deutschen Verhältnisse als sehr brauchbar erweist, im Jahre 1891 nahezu 3 1/2 Millionen Mark. Im Anschluß hieran erweise sich auch die Besteuerung der Schußwaffen als erwägenswerth; in England brachte sie 1891 nahe an 2 Millionen Mark.

Weiter käme eine Besteuerung der Diensthoten in Betracht. In England hat diese Steuer im letzten Jahre nahe an 3 Millionen Mark gebracht und des öfteren ist ihr Ertrag schon über 4 Millionen Mark gestiegen. Ihre Ertragsfähigkeit würde allerdings bei weitem geringer sein, da unser Luzus in der persönlichen Bedienung dem Englands keineswegs gleichkommt. Will man eine derartige Steuer in Erwägung ziehen, so muß von vornherein die Steuerfreiheit des ersten Diensthoten gefordert werden; dadurch wird natürlich der Ertrag der Steuer ganz bedeutend eingeschränkt werden. Auch ist zu bedenken, daß durch Kränklichkeit der Eltern, Kinderreichthum u. dergl. oftmals eine vermehrte Bedienung notwendig wird, während hier von besonderer Steuerkraft doch nicht die Rede sein kann.

Die wesentlichste aller in Betracht kommenden Luzussteuern aber ist zweifellos die Wagen- und Pferdesteuer. Die Pferdesteuer in Holland bringt nahezu 1 1/2 Millionen Mark. In England hat man diese Steuer, obwohl sie fast 10 Mill. Mark jährlich brachte, im Jahre 1874 aufgehoben. Dagegen ist die Wagensteuer, die auch Mosker gutheißt, dort beibehalten worden, sie bringt nahe an 11 Millionen Mark; in Italien bringt sie über 3 Millionen. In Frankreich bringt die Steuer auf Wagen, Pferde und Maulthiere ungefähr 9 Millionen. Außer in einigen Schweizer Kantonen hat auch Bremen eine Wagen- und Pferdesteuer, die etwa 60 000 Mark einbringt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. In ihrer Verlegenheit um sachliche Gründe für die Bekämpfung der Militärvorlage griff dieser Tage die freisinnige und ultramontane Presse mit Heißhunger eine Belgrader Privatmeldung auf, wonach der Kaiser neulich beim Empfang des serbischen Sondergesandten Oberst Pantelitsch gedauert haben soll: „Schneidiges Unternehmen des jungen Königs, dem meine vollen Sympathien gehören; das hat Alles gellappt, wie auf dem Erzgerüst.“ Die Verbreitung dieser Nachricht geschah natürlich in der edlen Absicht, den Wählern das Gespenst eines Staatsstreiches auch in Deutschland vor Augen zu führen. Der schöne Waplnuß ist leider mißglückt. Die „Köln. Ztg.“ kann nämlich feststellen, daß sich der Kaiser weder dem Sinne, noch den Worten nach in solcher oder ähnlicher Weise ausgesprochen hat, und der „Reichsanz.“ erklärt sich zu der Erklärung ermächtigt, „daß S. Majestät Herrn Pantelitsch lediglich beauftragt hat, den jungen König der freundschaftlichen Gesinnungen S. Majestät für ihn zu versichern, jedoch keins der ihm in den Mund gelegten Worte über den serbischen Staatsstreich gesprochen hat.“

Die ständige Tarifcommission der deutschen Eisenbahnverwaltungen in Mannheim nahm laut einer Meldung der halbamtlichen „Bad. Corr.“ mit großer Mehrheit den Antrag

Bayerns auf die allgemeine Einführung einer zehntägigen Gültigkeitsdauer der Rückfahrkarten an und wird der nächsten Generalversammlung der deutschen Eisenbahnverwaltungen einen dahingehenden Beschluß unterbreiten.

Die „Köln. Corr.“ veröffentlicht eine Liste der national-liberalen Candidaten. Danach sind bis jetzt 117 Candidaten aufgestellt, von denen 27 bereits dem letzten Reichstage angehört haben. In fünfzehn weiteren Wahlkreisen sollen Candidaten aufgestellt werden.

Aus einer Uebersicht über antisemitische Candidaturen ist zu ersehen, daß 69 Antisemiten verschiedener Richtungen sich um Reichstagsmandate bewerben. Außerdem treten 13 conservativ-antisemitische Candidaten, unter diesen Stöcker, ferner drei Candidaten, die sich als Christlich-Soziale und einer, der sich als katholischer Antisemit bezeichnet, auf.

Die Cholera-Kommission des Senats in Hamburg macht unter dem gestrigen Datum folgende Mittheilung: Ein in der Neustadt wohnhafter Komptoirbote, welcher seit 8 Tagen an letzten Durchfällen litt, hat sich am Sonnabend den 27. Mai Morgens, wegen Erscheinungen von Cholera, in ärztliche Behandlung gegeben und ist noch am Nachmittag desselben Tages gestorben. Die bakteriologische Untersuchung hat heute Cholera als Todesursache ergeben.

Die Handelskammer zu Köln hat sich mit einer Eingabe an den Reichskanzler gewandt, in welcher die Erhaltung der deutschen Reichsgoldwährung befragt wird. Die Hauptpunkte werden von der „Köln. Ztg.“ dahin zusammengefaßt: „Die Preiserniedrigung der Waaren, namentlich der landwirtschaftlichen Produkte, ist nicht durch angebliche Goldknappheit entstanden, vielmehr hat sich das Gold seinen Aufgaben als Zahlungsmittel durchaus gewachsen gezeigt. Die vielfach behaupteten schädlichen Folgen des Sinkens des Silberpreises sind theils als solche überhaupt nicht vorhanden, theils werden sie stark übertrieben. Die Demonstration des Silbers hat nur bis zu einem gewissen Grade dessen Preisrückgang verursacht. Ein Doppelwährungsband ohne England würde in seinen Geldverhältnissen stets durch die wirtschaftliche Weltmacht Englands gestützt werden. Aber selbst ein allgemeiner Bimetallismus wäre nicht im Stande, dauernd das alte Werthverhältniß aufrecht zu erhalten, wenn die Silberproduktion auch nur auf der gegenwärtigen, sonst nie dagewesenen Höhe bliebe, während alles dafür spricht, daß sie noch weiter zunimmt. Vielmehr würde einfache Silberwährung entstehen mit Goldagio und schließlich völliger Verdrängung des Goldes aus dem Verkehr. Die lohnarbeitenden Klassen werden mehr durch die allgemeine Preissteigerung leiden, als durch die immer sehr langsam eintretende Lohnerhöhung gewinnen. Ein Nutzen steht nur für diejenigen in Aussicht, die auf lange Fristen unkündbar verschuldet sind.“

Im Handels-Ministerium besteht, wie die „M. P. C.“ hört, der Wunsch, der sich demnächst wahrscheinlich zur Abfertigung verdichten dürfte, auf Grund der Erhebungen der Enquetecommission eine Vorlage auszuarbeiten, durch welche ermöglicht wird, die Auswüchse des Börsenverkehrs soweit thunlich zu beseitigen. Es darf bemerkt werden, daß während des Tages der genannten Kommission gerade auch die Ver-